

MEINUNGSBAROMETER.INFO

DAS FACHDEBATTENPORTAL

Für Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Medien & Gesellschaft

DOKUMENTATION

FACHDEBATTE

WIE DIE DEMOKRATIE IM DIGITALEN RAUM GESTÄRKT WIRD

**Und wie neue Technologie unsere Debattenkultur prägen
kann - und sollte**

Die Dokumentation beinhaltet alle Positionen,
ausführliche Analysen und Prognosen zu dieser
Fachdebatte sowie eine übersichtliche
Management Summary.

Debattenlaufzeit: 07.09.2021 - 07.04.2022

INHALTSVERZEICHNIS

DEBATTENBESCHREIBUNG	3
AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER	4
MANAGEMENT SUMMARY	5
DEBATTENBEITRÄGE	8
WAS EINE "BUNDESZENTRALE FÜR DIGITALE AUFKLÄRUNG" BRINGEN KÖNNTE Und wie die demokratische Debatte im digitalen Raum funktionieren kann	8
DR. ANSGAR KLEIN Hauptgeschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	
THINK TANK PLÄDIERT FÜR UNABHÄNGIGE AUFSICHT FÜR GROSSE PLATTFORMEN Wie die Debattenkultur gestärkt werden kann	15
DR. JULIAN JAURSCH Projektleiter Stärkung digitaler Öffentlichkeit Stiftung Neue Verantwortung	
VON TEILÖFFENTLICHKEITEN UND PARALLELWELTEN Wie Falschinformationen und persönliche Angriffe schon immer wirken - und was neu ist	19
DR. JASMIN SIRI Soziologin Universität Erfurt	
AUTOMATISIERTE VERFAHREN DÜRFEN NICHT ÜBER DIE MEINUNGSFREIHEIT ENTSCHEIDEN Wie die SPD die Debattenkultur im digitalen Raum stärken will	24
DR. JENS ZIMMERMANN Digitalpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion	
EMPFEHLUNGSSYSTEME FÜR VIELFALT VON THEMEN UND POSITIONEN GESTALTEN Was dem politischen Diskurs im Netz hilft	29
DR. CHRISTOPH EGLE Wissenschaftlicher Geschäftsführer Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation	
IMPRESSUM	34

DEBATTENBESCHREIBUNG



INITIATORIN

NIKOLA MARQUARDT

Herausgeberin

Meinungsbarometer.info

WIE DIE DEMOKRATIE IM DIGITALEN RAUM GESTÄRKT WIRD

Und wie neue Technologie unsere Debattenkultur prägen kann - und sollte

Der digitale Raum gibt jedem Nutzer die Möglichkeit sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Gerade im Vorfeld von Wahlen werden die Vorzüge und Nachteile des digitalen Raumes für die Debattenkultur besonders deutlich.

Die Politik hat in den vergangenen Jahren Versuche unternommen, insbesondere die großen Portale zur Durchsetzung grundsätzlicher Regeln zu drängen. Doch wie gut funktionieren Instrumente wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in der alltäglichen Praxis? Und welche Tools gibt es noch, um eine freie und demokratische Debattenkultur zu stärken?

In unserer Debatte schätzen die Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft auch ein, wie sich das Verhalten der Bürger im digitalen Raum durch Algorithmen-verseuchte Echokammern und sozialen Druck entwickeln. Und sie erklären, was aus ihrer Sicht für eine gute Debattenkultur getan werden muss.

AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER



DR. CHRISTOPH EGLE

Wissenschaftlicher Geschäftsführer
Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation



DR. JULIAN JAURSCH

Projektleiter Stärkung digitaler Öffentlichkeit
Stiftung Neue Verantwortung



DR. ANSGAR KLEIN

Hauptgeschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



DR. JASMIN SIRI

Soziologin
Universität Erfurt



DR. JENS ZIMMERMANN

Digitalpolitischer Sprecher
SPD-Bundestagsfraktion

MANAGEMENT SUMMARY

07.04.2022 | SUMMARY

WIE DEMOKRATISCH IST DER DIGITALE RAUM?

Und welche Debattenkultur wie entstehen kann



Nikola Marquardt, Mitherausgeberin des Fachdebattenportals Meinungsbarometer.info [Quelle: Redaktion]

Die Erwartungen waren groß: Das Internet versprach für viele Experten in der Frühphase demokratische Teilhabe für alle. Später erlaubten sogenannte soziale Medien eine neue Form von Öffentlichkeit. Tatsächlich kann sich in der digitalen Sphäre jeder äußern. Allerdings schafft das auch Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe.

Dr. Christoph Egle ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer am Bayerischem Forschungsinstitut für Digitale Transformation und er nimmt die politische Debattenkultur in Deutschland im internationalen Vergleich nicht als besonders problematisch wahr. „Der beste Schutz vor der Verbreitung von Desinformationen ist sicherlich die Medienkompetenz der Bürger. Wir glauben ja auch nicht jeden Unsinn, der in der ana-

logen Welt verbreitet wird.“ Generell helfen aus seiner Information und Aufklärung, die sowohl von staatlichen Stellen als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt werden können. Er verweist auf aktuelle Studien, nach denen bereits eine Warnung vor Desinformationen einen Beitrag leisten kann, diese einzuhegen. Die öffentliche Forschungsförderung könne Forschungsprojekte finanzieren, die helfen, die Verbreitung von Desinformation besser zu verstehen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. „Ähnlich wie bei der Hassrede sehe ich auch hier nicht nur die Politik, sondern auch die Plattformbetreiber selbst in der Verantwortung.“

Aus Sicht von Dr. Jasmin Siri von der Universität Erfurt müssen sich bei der Einführung eines jeden neuen Mediums soziale Regeln ausbilden und einspielen. Für das digitale Medium gilt: „Jeder und jede kann sich nun als Autor oder Autorin betätigen, ganz unabhängig von Expertise oder einer journalistischen Ausbildung.“ In politischen Auseinandersetzungen habe es indes schon immer Falschinformationen und persönliche Angriffe gegeben und sie nennt Beispiele aus der Geschichte bis in die Antike. „Aber neu ist, dass alle anderen das mitlesen und mitverfolgen können, was ein verstörendes Gefühl erzeugen kann. Die Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger im 21. Jahrhundert ist es, dass ihre Meinung, dass das, was sie selbst für vernünftig und rational ist, von anderen komplett anders beurteilt wird.“ Man müsse lernen, mit der großen Varität an Meinungen und Haltungen im Netz umzugehen. Dafür, dass dies möglich sei, spreche, dass eine Vielzahl der Hassbotschaften im Netz nicht von jungen Menschen, sondern von Menschen über 60 Jahren stammt. So könnte mit den Jahren ein Zivilisierungseffekt eintreten.

Dr. Ansgar Klein vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) geht auf die personalisierte Adressierung einzelner Inhalte ein. Diesbezüglich werde etwa eine Transparenzpflicht diskutiert, also die Kennzeichnung personalisierter Inhalte durch die Plattformbetreiber/Webseitbetreiber oder sogar das generelle Verbot individualisierter Inhalte, was natürlich aber massive Probleme in Hinblick auf Fragen der Meinungsfreiheit und Zensur mit sich brächte. „Die Gestaltung von Algorithmen sollte mit Blick auf deren kommunikative Folgen kritisch durch kompetente Institutionen

begleitet werden, in denen die vielfältige Zivilgesellschaft auf Augenhöhe eingebunden ist, etwa einer künftigen „Bundeszentrale für digitale Aufklärung“. Entsprechende Regulierungen der Algorithmen bei nachgewiesenem Regulierungsbedarf sollten allerdings vom Parlament eng begleitet werden.

Für Dr. Jens Zimmermann, Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, müssen Selbstlernende Systeme und Algorithmen transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden.“ Gerade mit Blick auf den ungehinderten, offenen und freien gesellschaftlichen Diskurs können diese algorithmenbasierten Selektionskriterien eine Gefahr darstellen, wenn sie bestimmte Inhalte gewichten, priorisieren oder auch diskriminieren.“ Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung müsse transparent, klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauche es eine stringente Regulierung und Aufsicht. Die Digitalisierung dürfe die Gesellschaft nicht spalten. Deswegen betont er: „Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen.“

Dr. Julian Jaursch von der Stiftung Neue Verantwortung (SNV) geht auf bereits bestehende Rechtsregeln ein. Teile des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes haben sich seiner Ansicht nach nicht bewährt und dazu zählen die Löschvorschriften in ihrer jetzigen Form. Es müsse eine Selbstverständlichkeit sein, dass strafbare Inhalte wie Volksverhetzung gelöscht werden. Diese Aufgabe in einem ersten Schritt allerdings vornehmlich den Plattformen, also privaten Unternehmen, zu überlassen, sei problematisch. „Ein Ausbau und eine Reform der strafrechtlichen Verfolgung und der richterlichen Auseinandersetzung mit solchen Inhalten wäre stattdessen nötig.“

DEBATTENBEITRAG

08.09.2021 | INTERVIEW

WAS EINE "BUNDESZENTRALE FÜR DIGITALE AUFKLÄRUNG" BRINGEN KÖNNTE

Und wie die demokratische Debatte im digitalen Raum funktionieren kann



Dr. Ansgar Klein - Hauptgeschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) [Quelle: BBE]

PD Dr. Ansgar Klein hat eine ganze Reihe von Forderungen, wie sich die Debattenkultur im digitalen Raum stärken lässt. Der Gründungsgeschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wirkt auch als Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (Lehrstuhl Politische Theorie) und ist umfangreich publizistisch tätig.

Der digitale Raum gibt jedem Nutzer die Möglichkeit, sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Wie sollte die Politik die Debattenkultur im digitalen Raum ganz grundsätzlich stärken?

Durch:

-aktives Vorgehen gegen Hasskommentare im Netz,

Unterstützung von Vereinen, Initiativen und Kampagnen, die sich für eine gerechte Debattenkultur im Netz einsetzen und Opfer von Hass im Netz rechtlich und sozial unterstützen (Stärkung der digitalen Zivilcourage),

Soziale Netzwerke könnten und sollten viel mehr für die direkte politische Kommunikation genutzt werden, z. B. indem Wahlkampfveranstaltungen dort übertragen werden und somit mehr Personen Zugriff auf deren Inhalte erhalten,

- Ausbildung und Weiterbildung der Medienkompetenz der Bürger*innen, um sich kompetent an Debatten beteiligen zu können (dazu auch: Vermittlung einer Wertekultur und eines Ethikkodex, der auch im Internet gültig ist),

- Regulation der großen Plattformen. Wichtige Regulierungen wären etwa transparente „Hausregeln“, Beschwerde- und Einspruchsmöglichkeiten, transparente Algorithmen, Unterbindung der so genannten „Konsummaximierung“ und Interoperabilität,

- Förderung von Forschungsvorhaben zu digitalen Plattformen, um Phänomene wie Filterblasen und gezielte Desinformation und ihre Wirkung auf die digitale Meinungsbildung besser untersuchen und verstehen zu können,

- Gesetzesvorhaben, die algorithmische Prozesse transparenter und somit gerechter machen,

- Stärkung der politischen Bildung inkl. Medienpädagogik über aufsuchende Formate in den Sozialräumen und Handlungsräumen der Engagierten

- Verankerung entsprechender Kompetenzen in den zivilgesellschaftlichen Infrastruk-

tureinrichtungen vor Ort zur Begleitung und Unterstützung von Engagement und Teilhabe.

Eine aktuelle weitere Idee ist der Aufbau einer europäischen Medienplattform, die als Gegengewicht zu Facebook, Google und Co. gedacht ist und über die die europäischen Bürger*innen Zugriff auf qualitativ hochwertige journalistische Inhalte erhalten sollen. Entsprechende Vorschläge finden sich auch in den Wahlprogrammen der Parteien.

Experten beobachten die Tendenz, dass Nutzer sich im digitalen Raum gläsern oder sozial unter Druck fühlen und in der Folge selbst zensieren. Was bedeutet dieses "Social Cooling" aus Ihrer Sicht für die demokratische Debattenkultur?

Die Frage der sozialen Kontrolle über nachzuvollziehende digitale Kommunikationsketten hinweg und eines darauf reagierenden Datenschutzes ist insbesondere für die politische Funktion zivilgesellschaftlicher Akteure und eine damit verbundene kritische Rolle in öffentlichen Diskursen hoch relevant.

Es ist etwa systematische Folge von autoritärer Überwachung und Kontrolle, dass dissidentische Kritik, die allenfalls in solchen autoritären Staaten noch möglich ist, oft über das sog. „Darknet“ erfolgt, das v.a. auch von illegalen Händlern von Drogen, Waffen oder Prostitution verwendet wird.

Die Diskussion über die Europäische Datenschutzverordnung und die Bedeutung des Rechtes auf die eigenen persönlichen Daten wurde in unserem Forum zu „Digitalisierung und Engagement“ ausführlich behandelt.*

Eine in sich hoch problematische Reaktion stellen die zunehmenden „Verschwörungstheorien“ dar, die umfassende Überwachung und Kontrolle unterstellen und verursachenden Akteuren zuordnen – hier helfen nur Medienkompetenz und Transparenz!

Wie lässt sich im Angesicht individueller Algorithmen-gesteuerter Anzeige von Inhalten auf großen Plattformen ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs aufrechterhalten?

Zunächst einmal sollte angesichts der Herausforderung von durch Algorithmen gesteuerten kommunikativen Filterblasen jeder/m Nutzer*in bewusst (gemacht) werden und sein, dass im Netz und besonders in den Sozialen Netzwerken Inhalte angezeigt werden, die man zuvor selbst aufgerufen hat, ergo: für die es bereits zuvor ein Interesse gab. Diese ausgewählten Inhalte stellen natürlich nur einen kleinen Ausschnitt der „gesamtgesellschaftlichen Realität“ - oder wie die Fragesteller*in es nennt „des gesamtgesellschaftlichen Diskurses“ - dar. Ein*e mündige*r Nutzer*in sollte daher immer mehrere Quellen und Plattformen aufsuchen und verwenden, um ein breiteres Bild zu erhalten und damit einer Perspektivverengung entgegen zu wirken (verhält sich im Übrigen mit den klassischen Medien genauso). Um sich dies bewusst zu machen und in Handlung zu übertragen, ist es wichtig, dass den Nutzer*innen entsprechende Kompetenzen, also Medien- und Informationskompetenzen schon frühzeitig vermittelt werden, dies muss bereits in der Schule beginnen und darf dort auch nicht enden („Lebenslanges Lernen“).

Für Journalismus und Medien sind Faktenchecks, gute Recherche und gute, nachvollziehbare Berichterstattung eine weiterhin dynamisch zu entfaltende Aufgabe – anzupassen an die neuen kommunikativen Bedingungen der Social Media. Weitere mögliche „Lösungsansätze“, die damit im Zusammenhang diskutiert werden, sind u.a. eine Transparenzpflicht, also die Kennzeichnung personalisierter Inhalte durch die Plattformbetreiber/Webseitbetreiber oder sogar das generelle Verbot individualisierter Inhalte, was natürlich aber massive Probleme in Hinblick auf Fragen der Meinungsfreiheit und Zensur mit sich brächte.

Die Gestaltung von Algorithmen sollte mit Blick auf deren kommunikative Folgen kritisch durch kompetente Institutionen begleitet werden, in denen die vielfältige Zivilgesellschaft auf Augenhöhe eingebunden ist, etwa einer künftigen „Bundeszentrale für digitale Aufklärung“. Entsprechende Regulierungen der Algorithmen bei nachge-

wiesenem Regulierungsbedarf sollten dann auch erfolgen und vom Parlament eng begleitet werden.

Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben die großen Plattformen seit einiger Zeit die Aufgabe, möglicherweise strafbare Inhalte selbst zu löschen. Wie fällt Ihr Fazit mit der Umsetzung der Vorschriften aus?

Zunächst einmal bin ich mir nicht sicher, worauf die Frage abzielt. Wollen sie tatsächlich wissen, wie das BBE die Einhaltung der Regeln durch das NetzDG seitens der Plattformen einschätzt? Sollte dies so gemeint sein, denke ich, dass die BBE-GS nicht die richtige Ansprechpartnerin für diese Frage ist. Da gibt es m.E. zahlreiche Organisationen, die dazu eine viel bessere und vor allem fachlichere Einschätzung abgeben könnten, darunter D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt e.V., LOAD e.V. oder Digitale Gesellschaft e.V., die sicherlich auch die bislang erschienenen Untersuchungsberichten Detail studiert haben.

Es gibt mittlerweile verschiedene Erhebungen und somit auch unterschiedliche Einschätzungen zur Wirksamkeit des NetzDG und inwiefern es, wie von Kritiker*innen befürchtet, zu Overblocking (also das regelmäßige Löschen von nicht-strafbaren Inhalten) führt; das BMJV sieht hier (nicht besonders überraschend) keine Hinweise,** während zum Beispiel eine Studie der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig zu einer anderen Einschätzung gelangt.***

Selbst eine Einschätzung seitens des BBE bezüglich des NetzDG in Hinblick auf die vorangegangenen Themen (Diskurs & Debattenkultur) halte ich aufgrund der fehlenden Detailexpertise für schwierig. Trotzdem einige Gedanken dazu: Ganz generell ist die Kritik am NetzDG m.E. nach durchaus berechtigt, z.B. dass aus der sehr kurzfristig verordneten Löschung von zweifelhaften Inhalten (innerhalb von 24 Stunden) und der erst später zu erfolgenden Prüfung der Inhalte Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit resultieren (können). Zumal viele Plattformen aufgrund der nicht zu bewältigenden Vielzahl an Beschwerdefällen dafür mittlerweile entsprechende algorithmische Systeme einsetzen, was durchaus kritisch zu beurteilen ist. Zudem dient

das „deutsche“ NetzDG in anderen Ländern mittlerweile als Blaupause für ähnliche Gesetzesvorhaben, wobei das Gesetz ja nicht an demokratische Werte gebunden ist: Das sollte man stets im Hinterkopf behalten.

Trotzdem ist es natürlich so, dass Phänomene wie Hass im Netz und die Veröffentlichung strafbarer Inhalte durch entsprechende Gesetze reguliert und unterbunden werden müssen. Allerdings endet das Internet nicht an nationalen Grenzen - also ist wiederum fragwürdig, welchen Mehrwert ein nationales Gesetz diesbezüglich überhaupt hat oder haben kann.

Vielmehr sollte – unter Berücksichtigung der kritischen Stimmen und Expert*innen-Einschätzung, u.a. der o.g. netzpolitischen Vereine – das Gesetzesvorhaben des Digital Services Act (DAS) auf europäischer Ebene weiter nachgebessert und verfolgt werden. Aber auch hier gibt es ganz ähnliche Forderungen und Kritik bezüglich der Willkürlichkeit der Löschung von Inhalten. Expert*innen fordern daher die Ergänzung um entsprechende Transparenzregelungen („warum wurde etwas gelöscht“), Beschwerdeoptionen (gegen fälschlich gelöschte Inhalte) sowie der generellen Überprüfbarkeit der Entscheidungen seitens der Plattformen. Für nähere Informationen empfehle ich ausdrücklich unsere Podcast-Folge mit Julia Reda**** <https://www.forum-digitalisierung.de/dialoge/ueber-demokratie-plattformen-und-engagement-eingespraech-mit-julia-reda>

Generell gilt: Die kommunikativen Räume des Internets und der Social Media haben für die öffentlichen Diskurse eine wachsende Bedeutung. Umso wichtiger ist es, hier manipulativen und einseitigen Diskurse gegenzusteuern und in harten Fällen auch Regulierungszugriff der öffentlichen Hand auf die Wirtschaftsakteure auszuüben, die die großen Plattformen betreiben und beherrschen.

Eine Schlussbemerkung: Digitalpolitik durchdringt alle Themenfelder und ist daher eine Querschnittsthematik. Dennoch – oder gerade deswegen – muss die politische Koordination der Digitalpolitik klug organisiert sein und ermöglichen, die relevanten Interessen der Stakeholder systematisch einzubeziehen und zu würdigen. Dies gilt insbesondere für den großen Bereich der Zivilgesellschaft, der in den Digitalisierungsdiskursen der Politik in Bund und Ländern derzeit eher eine Rolle am Katzentisch

wahrnimmt.

* siehe dazu demnächst Ergebnisse unter: <https://www.b-b-e.de/publikationen/forum/>.

** (siehe auch: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/090920_Evaluierungsbericht_NetzDG.html)

*** siehe:

- https://www.htwk-leipzig.de/no_cache/de/hochschule/presse-marketing/pressemitteilungen/detailansicht/artikel/3880/

**** <https://www.forum-digitalisierung.de/dialoge/ueber-demokratie-plattformen-und-engagement-ein-gespraech-mit-julia-reda>

DEBATTENBEITRAG

09.09.2021 | INTERVIEW

THINK TANK PLÄDIERT FÜR UNABHÄNGIGE AUFSICHT FÜR GROSSE PLATTFORMEN

Wie die Debattenkultur gestärkt werden kann



Dr. Julian Jausch - Projektleiter Stärkung digitaler Öffentlichkeit | Policy, Stiftung Neue Verantwortung (SNV) [Quelle: Sebastian Heise]

"Auch früher waren gesellschaftliche Debatten schon zersplittert", betont Dr. Julian Jausch von der Stiftung Neue Verantwortung. Dennoch ist er dafür, insbesondere die großen Plattformen genau in den Blick zu nehmen. Bei der Kontrolle fordert er, weder unternehmerischen noch staatlichen Stellen zu viel Macht zu geben.

Der digitale Raum gibt allen Nutzenden die Möglichkeit sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Wie sollte die Politik die Debattenkultur im digitalen Raum ganz grundsätzlich stärken?

Politiker:innen und ihre Parteien können mit gutem Beispiel vorangehen. Das heißt: Auf eine offene, ehrliche Kommunikation setzen, die auf falsche oder irreführende Informationen verzichtet und die persönliche Angriffe meidet. Gerade im Internet kommt noch hinzu: Auf den eigenen Kanälen klare Kante zeigen gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Diskriminierungen und Hetze. Das ist besonders im Wahlkampf wichtig, aber auch darüber hinaus. „Campaign Watch“, eine Initiative aus mehr als 20 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen, hat dafür konkrete Vorschläge erarbeitet, wie Parteien über eine Selbstverpflichtungen für einen fairen Wahlkampf sorgen können. Fast alle Parteien haben dann auch Selbstverpflichtungen entwickelt. Abgesehen vom Wahlkampf und von Selbstverpflichtungen ist es wichtig, dass gerade die großen Plattformen, die für Millionen Menschen Kommunikationsräume bereitstellen, in den Blick genommen werden. Denn wie genau Plattformen mit Falschinformationen, aber auch mit strafrechtlich relevanten Posts umgehen, ist in den allermeisten Fällen allein den Plattformen überlassen. Es muss auch bessere Möglichkeiten für Forschende und andere Fachleute geben, um zu verstehen, wie sich Falschinformationen verbreiten und ob die Ausgestaltung der Plattformen selbst dazu beiträgt.

Fachleute beobachten die Tendenz, dass Menschen sich im digitalen Raum gläsern oder sozial unter Druck fühlen und in der Folge selbst zensieren. Was bedeutet dieses "Social Cooling" aus Ihrer Sicht für die demokratische Debattenkultur?

Dass Menschen sich aus Furcht vor Diskriminierungen und Anfeindungen aus politischen und gesellschaftlichen Debatten zurückziehen, bedeutet eine Schwächung der demokratischer Debatten. Das betrifft sehr stark Frauen, insbesondere Frauen in Führungspositionen, und Stimmen von Minderheiten, beispielsweise aus migrantischen Gemeinschaften. Wenn hier eine Selbstzensur stattfindet, gehen wichtige Stimmen in der Debatte verloren.

Wie lässt sich im Angesicht individueller Algorithmen-gesteuerter Anzeige von Inhalten auf großen Plattformen ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs aufrecht-

erhalten?

Die Vorstellung, dass vor Facebook, Twitter und YouTube ein wahrlich gesamtgesellschaftlicher Diskurs stattfand, halte ich für naiv. Auch früher waren gesellschaftliche Debatten schon zersplittert. Aber selbst diese Tatsache sollte nicht dazu führen, große Plattformen aus der Verantwortung zu lassen. Im Gegenteil: Die Tendenz zur Zersplitterung kann durch Algorithmen großer Plattformen verstärkt werden. Denn nie zuvor gab es eine so große Fülle an so detaillierten Daten zu so vielen Menschen, die von privaten Unternehmen dafür genutzt werden können, um Leuten bestimmte Inhalte anzuzeigen und Werbung auszuspielen – je nachdem, in welche Gruppe sie geordnet werden, welches Profil sie haben. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Plattformen wenigstens Transparenz- und Rechenschaftspflichten einhalten müssen, wie es in ähnlicher Weise in anderen Industrien längst Standard ist. Zum Beispiel müssen Forschende besser verstehen können, wie die automatisierte Inhalteauspielung und die Werbepraktiken der Plattformen funktionieren. Darüber hinaus wäre eine unabhängige Aufsicht, die sich genau mit diesen Themen befassen kann, sinnvoll. Die Europäische Union arbeitet aktuell an Gesetzesvorschlägen in diesem Bereich. Es ist wichtig, dass diese Vorschläge wohl durchdacht sind, um weder unternehmerischen noch staatlichen Stellen zu viel Macht zu geben, sondern eine unabhängige Kontrolle zu ermöglichen.

Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben die großen Plattformen seit einiger Zeit die Aufgabe, möglicherweise strafbare Inhalte selbst zu löschen. Wie fällt Ihr Fazit mit der Umsetzung der Vorschriften aus?

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz enthält sinnvolle Teile, die sich bewährt haben. Zum Beispiel müssen große Plattformen bestimmte Meldewege für Nutzende bereithalten, um Inhalte zu melden, und müssen über ihre Inhaltsmoderation, also wie Inhalte auf der Plattform ausgewählt und angezeigt werden, öffentlich berichten. Andere Teile des Gesetzes haben sich meiner Ansicht nach nicht bewährt und dazu zählen die Löschvorschriften in ihrer jetzigen Form. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass strafbare Inhalte wie Volksverhetzung gelöscht werden. Diese Aufgabe in einem ersten Schritt allerdings vornehmlich den Plattformen, also privaten

Unternehmen, zu überlassen, ist problematisch. Ein Ausbau und eine Reform der strafrechtlichen Verfolgung und der richterlichen Auseinandersetzung mit solchen Inhalten wäre stattdessen nötig. Hinzu kommt, dass Plattformen oftmals automatisierte Systeme einsetzen, um Inhalte zu löschen. Diese sind für viele schwierige Bereiche – etwa die Entscheidung, ob etwas eine Beleidigung nach dem Strafrecht ist oder nicht – noch zu fehleranfällig.

DEBATTENBEITRAG

10.09.2021 | INTERVIEW

VON TEILÖFFENTLICHKEITEN UND PARALLELWELTEN

Wie Falschinformationen und persönliche Angriffe schon immer wirken - und was neu ist



Dr. Jasmin Siri - Vertretungsprofessorin für Politische Soziologie an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt
[Quelle: privat]

"Wir alle müssen erst noch lernen, mit der großen Varität an Meinungen und Haltungen im Netz umzugehen", sagt die Soziologin Dr. Jasmin Siri. So könnte es mit den Jahren ein Zivilisierungseffekt im Netz geben. Bei aller Unterschiedlichkeit aber gibt es einen Moment, der die Bürgerinnen und Bürger zusammenzurrt.

Der digitale Raum gibt jedem Nutzer die Möglichkeit sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Wie sollte die Politik die Debattenkultur im digitalen Raum ganz grundsätzlich stärken?

Die Frage weist auf einen sehr wichtigen Sachverhalt hin, die die Einführung eines

jeden neuen Mediums begleitet. Es ist Neues möglich und es müssen sich soziale Regeln ausbilden und einspielen. Für das digitale Medium bedeutet das in der Tat, dass mehr Menschen sich äußern können als je zuvor. Jeder und jede kann sich nun als Autor oder Autorin betätigen, ganz unabhängig von Expertise oder einer journalistischen Ausbildung. Während Medien wie Zeitung oder TV der Leser- oder Zuschauer-schaft Passivität verordneten, sind die Plattformen des Digitalen häufig solche, in denen viele zu vielen sprechen und eine direkte Kommentierung möglich ist. So zum Beispiel in den sozialen Medien. Und selbstverständlich führt das dazu, dass dort auch politische Auseinandersetzungen geführt werden. In politischen Auseinandersetzungen gab es nun schon immer Falschinformationen und persönliche Angriffe. Sie gehören zu Wahlkämpfen und politischen Kämpfen mit dazu. Mein Lieblingsbeispiel ist ein fälschlich konnotiertes Bild von Friedrich Ebert in Badehosen im Jahre 1919. Und natürlich können wir auch an die Propaganda im kalten Krieg denken, in der Wahrheit auch eine sehr gefährdete Tugend war - ganz ohne Internet. Oder an die vielen Menschen, die aus politischen Gründen bis heute von Regierungen verfolgt werden, die eben nicht wollen, dass sie politische Macht erlangen. Durch so eine Kontextualisierung wird deutlich, dass wir es nicht mit neuen Phänomenen zu tun haben sondern eher mit einem alten Phänomen im neuen Gewand. Das bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass an der Frage nichts dran ist. Denn in der Tat lassen sich Teilöffentlichkeiten beobachten, die in Parallelwelten abzugleiten scheinen - zum Beispiel im Kontext der Verschwörungstheorien. Auch das gab es schon lange zuvor, Verschwörungstheorien lassen sich bereits im alten Rom finden. Aber neu ist, dass alle anderen das mitlesen und mitverfolgen können, was ein verstörendes Gefühl erzeugen kann. Die Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger im 21. Jahrhundert ist es, dass ihre Meinung, dass das, was sie selbst für vernünftig und rational ist, von anderen komplett anders beurteilt wird.

Wie kann nun die Debattenkultur grundsätzlich gestärkt werden? Nun einerseits sicher dadurch, dass man sich selbst darüber klar wird und auch mit anderen darüber redet, wie man sich gegenseitig in Netzwelten behandeln möchte. Man könnte sich zum Beispiel als Partei dazu verpflichten, keine Falschinformationen und persönli-

chen Angriffe vorzunehmen. Wir alle müssen erst noch lernen, mit der großen Varität an Meinungen und Haltungen im Netz umzugehen - und vielleicht auch, manchmal etwas auszublenden. Dafür, dass dies möglich ist spricht, dass eine Vielzahl der Hassbotschaften im Netz nicht von jungen Menschen, sondern von Menschen über 60 Jahren stammt. Das könnte dafür sprechen, dass hier mit den Jahren ein Zivilisierungseffekt eintreten wird. Politik und Parteien jedenfalls können vor allem ein gutes Vorbild sein und sich selbst unfairen Angriffen und der Nutzung von Desinformation enthalten.

Experten beobachten die Tendenz, dass Nutzer sich im digitalen Raum gläsern oder sozial unter Druck fühlen und in der Folge selbst zensieren. Was bedeutet dieses "Social Cooling" aus Ihrer Sicht für die demokratische Debattenkultur?

Die Idee der Selbstzensur im Politischen ist ebenfalls keine neue. Elisabeth Noelle-Neumann hat dies in den 1970er Jahren bereits mit dem Begriff der "Schweigespirale" formuliert. Grundsätzlich ist es keine Überraschung, wenn sich Menschen im digitalen Raum sozial unter Druck fühlen - denn das tun sie immer dann, wenn sie "in Gesellschaft" sind. Ich beispielsweise überlege mir beim Twittern oft: Ist es ok und mit meiner Rolle als Dozentin konform, dies oder das zu posten? Will ich wirklich, dass meine Studierenden dies oder jenes aus meiner Feder lesen? Nun empfinde ich diesen Druck nicht als problematisch sondern sogar als Teil meines Berufes, mir darüber im Klaren zu sein aber dennoch ist es im Sinne der Frage ein sozialer Druck. Die Frage ist immer die Referenzgruppe, an die ein Nutzer oder eine Nutzerin denkt. Wenn ich zum Beispiel als Referenzgruppe an meine Querdenkerfreunde denke, werde ich ganz andere Dinge nicht schreiben als wenn ich an meine Freunde aus der Gewerkschaftsbewegung denke und so weiter. Wenn das Social Cooling jedenfalls dazu führt, dass sich Menschen genauer überlegen, wie sie sich öffentlich äußern, dann habe ich dagegen nichts auszusetzen. Wenn sie ihre Meinung auch höflich und freundlich nicht sagen, weil sie soziale Sanktionen befürchten, dann ist das weniger gut für die demokratische Debatte. Insbesondere bei politisch aufgeheizten Themen kommt das sicher immer wieder vor. Ein aktuelles Beispiel wäre das Thema Impfen. Das ist so umkämpft, dass die Wahrscheinlichkeit, online etwas auf die Nase zu

bekommen, nicht gering ist. Wir müssen dabei aber immer auch daran denken, dass ein Großteil der Menschen in Sozialen Medien sowieso nichts bis wenig posten - was wir sehen ist also schon eine Auswahl derer, die sich traut oder Lust hat, sich öffentlich darzustellen. Die Mitlesenden sind dagegen oft verborgen.

Wie lässt sich im Angesicht individueller Algorithmen-gesteuerter Anzeige von Inhalten auf großen Plattformen ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs aufrechterhalten?

Gar nicht, vermutlich. Zumindest eben nicht "EIN" Diskurs. Eine der Lehren des letzten Jahrhunderts - die von soziologischen Denkern wie Jürgen Habermas oder Pierre Bourdieu bereits weit früher geäußert wurde als jetzt von mir - ist es, dass es "die Öffentlichkeit" im Singular, den einen Raum der Verständigung, empirisch so nicht gibt. Vermutlich nie gegeben hat. Immer waren zum Beispiel sehr viele Menschen ausgeschlossen oder haben sich nicht interessiert. Es gab mächtige Stimmen, die andere übertönt haben und es gab auch schon immer Kontexte, die sich rausgezogen haben aus dem, was scheinbar Mehrheitsmeinung war. Und in digitalen Welten und ohne die mächtigen Gatekeeper, die entscheiden, was und wer wichtig ist, wird uns das jetzt allen deutlich. Es gibt sehr unterschiedliche Teilöffentlichkeiten, die sehr unterschiedliches richtig und wichtig finden. Es gibt sehr unterschiedlich politisch interessierte Menschen. Demokratietheoretisch könnte man sagen, dass der Moment der Wahl die Bürgerinnen und Bürger zusammenzurrt - wenn sie denn bereit sind, sich zu beteiligen. In der Wahl wird darüber entschieden, wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen und wie es politisch weitergehen soll.

Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben die großen Plattformen seit einiger Zeit die Aufgabe, möglicherweise strafbare Inhalte selbst zu löschen. Wie fällt Ihr Fazit mit der Umsetzung der Vorschriften aus?

Ich war kein Fan dieses Gesetzes, weil ich nicht daran geglaubt habe, dass es praktisch funktionieren wird. Das sollte ich sagen, bevor ich meine Antwort gebe, damit die Leserinnen und Leser das einordnen können. Denn es war erstens vollkommen erwartbar, dass die Unternehmen (und das sind sie ja, anders als zum Beispiel der

öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich an spezifische rechtliche Bindungen halten muss) dann reagieren, wenn sie einen wirtschaftlichen Schaden erwarten - und das dann nicht im Sinne einer demokratischen Abwägung über Freiheit der Rede sondern im Sinne der Gefahrenabwehr. Und das ist ihr gutes Recht, weil sie eben Unternehmen sind und keine Zeitung, kein Radio und kein TV-Sender. Mir hätte es besser gefallen, wenn man gesagt hätte: Diese Unternehmen müssen zumindest teilweise ähnlich behandelt werden wie ein Massenmedium, wenn man also ein Medienrecht geschaffen hätte. Und zweitens fällt mein Fazit auch deswegen etwas verhalten aus, weil noch eine zweite erwartbare Konsequenz eingetreten ist: Die besonders radikalen Haltungen wandern teilweise in andere Netzwerke ab. Teilweise, weil sie natürlich auch in den anderen Medien bleiben, dort aber vorsichtiger agieren. Sie weisen aber auf ihre anderen Kanäle hin und leiten so die Menschen auf andere digitale Orte um. So finden sie Rechtsextreme und Querdenker aber auch andere radikale Gruppen eben nun auch auf Telegram, wie viele Berichte schon dargestellt haben.

DEBATTENBEITRAG

15.09.2021 | INTERVIEW

AUTOMATISIERTE VERFAHREN DÜRFEN NICHT ÜBER DIE MEINUNGSFREIHEIT ENTSCHEIDEN

Wie die SPD die Debattenkultur im digitalen Raum stärken will



Dr. Jens Zimmermann - Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion [Quelle: Juliusz Gastev]

"Unser Motiv war immer: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik", sagt SPD-Digitalexperte Dr. Jens Zimmermann. Es brauche ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Zudem betont der Politiker die Bedeutung der öffentlich-rechtlichen und privaten Medien für den gesellschaftlichen Diskurs.

Der digitale Raum gibt jedem Nutzer die Möglichkeit sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Wie will Ihre Partei die Debattenkultur im digitalen Raum ganz grundsätzlich stärken?

Der digitale Raum eröffnet viele neue und positive Möglichkeiten der gesellschaftli-

chen Kommunikation und Teilhabe. Zugleich bietet er Raum für mehr oder weniger gezielte Falschinformationen, persönliche Angriffe, Diffamierungen und Hasskriminalität. Dies ist eine Gefährdung für jede und jeden Einzelnen und für die offene und demokratische Gesellschaft und für die demokratische Debattenkultur insgesamt. Wir müssen in aller Deutlichkeit klar machen, dass wir diese Debattenkultur nicht akzeptieren und aktiv gegenreden und richtigstellen. Auch müssen wir deutlich machen, dass wir strafrechtlich relevanten Taten nicht akzeptieren und nicht hinnehmen, sondern uns mit Nachdruck zur Wehr setzen, denn aus Worte werden oft Taten. Zur Meinungsfreiheit zählt auch der Schutz vor persönlichen Angriffen und Diffamierung. Dazu haben wir mit vielen gesetzgeberischen Maßnahmen den rechtlichen Rahmen geschaffen und den Strafverfolgungsbehörden und der Justiz die notwendigen Instrumente gegeben, um konsequent gegen solche Straftaten vorgehen zu können.

In seiner letzten Entscheidung zum Rundfunkbeitrag hat das Bundesverfassungsgericht die Bedeutung der Medien und insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Kampf gegen FakeNews betont. Wir dürfen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch die anderen Medien nicht länger als Staatsrundfunk und Lügenpresse diskreditieren lassen und wir müssen den Journalistinnen und Journalisten den Schutz gewähren, ihren verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllen zu können.

Unser Motiv war immer: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Das gleiche gilt für die Medienpolitik. Sie dienen auch dazu, das offene demokratische Gespräch unserer Gesellschaft und die gesellschaftliche Selbstbeobachtung zu schützen und zu stärken.

Experten beobachten die Tendenz, dass Nutzer sich im digitalen Raum gläsern oder sozial unter Druck fühlen und in der Folge selbst zensieren. Was bedeutet dieses "Social Cooling" aus Ihrer Sicht für die demokratische Debattenkultur?

Die Gefahr, dass Nutzerinnen und Nutzer sich im digitalen Raum gläsern und unter sozial unter Druck führen und sich in der Folge selbst zensieren, darf nicht unterschätzt werden. „Social Cooling“ kann nicht nur zu mehr Konformität führen, sondern

zu „chilling“-Effekten, mit der Folge, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst zensieren und sich nicht mehr trauen, ihre Kommunikationsfreiheiten und Freiheitsrechte auszuüben. Der so entstehende soziale Druck ist eine äußerst subtile und sich einschleichende Form der Kontrolle und gefährdet den gesellschaftlichen Diskurs und die offene und freie Debattenkultur - und damit die Grundpfeiler der offenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft. Deswegen müssen wir die Menschen aller Generationen zur digitalen Selbständigkeit und zum selbstbestimmten Umgang mit den neuen Kommunikationsformen und -möglichkeiten im digitalen Raum befähigen. Notwendig ist darüber hinaus ein deutlicher Ausbau der Forschungsaktivitäten in diesem Bereich, was wiederum Zugang für Wissenschaft und Forschung zu den digitalen Plattformen voraussetzt. Mit der Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) haben wir bereits einen solchen Forschungszugang festgeschrieben. Auch im Rahmen des derzeit erarbeiteten Digital Service Act wird ein solcher Forschungszugang etabliert werden. Wie wichtig ein solcher unabhängiger und unbehinderter Zugang für Wissenschaft und Forschung zeigen die Plattformen, allen voran Facebook, in immer wiederkehrender Regelmäßigkeit.

Wie lässt sich im Angesicht individueller Algorithmen-gesteuerter Anzeige von Inhalten auf großen Plattformen ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs aufrechterhalten?

Selbstlernende Systeme und Algorithmen steuern, welche Inhalte wir angezeigt bekommen und treffen Entscheidungen für eine Vielzahl von Menschen. Sie können unser Leben und unseren Alltag erleichtern. Sie müssen aber transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden. Gerade mit Blick auf den ungehinderten, offenen und freien gesellschaftliche Diskurs können diese algorithmenbasierten Selektionskriterien eine Gefahr darstellen, wenn sie bestimmte Inhalte gewichten, priorisieren oder auch diskriminieren. Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss transparent, klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.

Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Alle Bürger*innen sollen zur

digitalen Selbständigkeit und Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.

Große Bedeutung für den gesellschaftliche Diskurs haben die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien. Wir begrüßen die Überlegungen zu einer europäischen Medienplattform, die die Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Europas für alle Bürger*innen grenzüberschreitend zugänglich macht. Diese Plattform soll in der Folge auch für Partnerschaften mit Museen und anderen Kultureinrichtungen zugänglich sein. Ebenfalls begrüßen wir die verstärkte Veröffentlichung von Inhalten unter offenen und freien Lizenzen, um die Nutzung der Inhalte zum Beispiel im Rahmen freier Wissensprojekte (Wikipedia) oder auch im Schulunterricht leichter möglich zu machen. Dies soll zugleich ein Gegengewicht zu den privaten digitalen Plattformen sein. Zugleich müssen wir weiter über die Regelungen ringen, denen die privaten Plattformen angesichts ihrer Bedeutung für die öffentliche gesellschaftliche Kommunikation und die Meinungs- und Willensbildung haben, unterworfen werden müssen.

Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben die großen Plattformen seit einiger Zeit die Aufgabe, möglicherweise strafbare Inhalte selbst zu löschen. Wie fällt Ihr Fazit mit der Umsetzung der Vorschriften aus?

Wir stehen für die digitale Souveränität von Bürger*innen und Verbraucher*innen ein. Wo globale Plattformkonzerne zu Monopolisten werden, bedrohen sie digitale Vielfalt und neigen dazu, nationalstaatliche Regeln zu umgehen. Wir werden deshalb gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten eine starke und präzise Regulierung schaffen, den Wettbewerb sichern und alternative Angebote fördern. Es braucht mehr Angebote mit hoher Datensouveränität.

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) hat Deutschland 2017 die Vorgaben der e-Commerce-Richtlinie zur Verantwortung der Plattformen (Notice&Take-

down) bei der Bekämpfung von strafbaren Inhalten und zur besseren Rechtsdurchsetzung im Netz konkretisiert und 2020 maßgeblich weiterentwickelt. Dabei hat sich das Netzwerkdurchsetzungsgesetz bewährt. Um effektiver gegen Straftaten und insbesondere auch gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität im Netz vorzugehen und Betroffene besser zu schützen haben wir mit Blick auf die Sozialen Netzwerke kürzlich das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) weiterentwickelt und hier insbesondere die Meldewege für Betroffene vereinfacht und vereinheitlicht und Forscher*innen Zugang zu Daten der Netzwerke eingeräumt. Neu hinzugekommen ist zudem die Meldepflicht von strafrechtlich relevanten Inhalten an das BKA.

Mit dem Digital Service Act (DSA) soll die e-Commerce-Richtlinie abgelöst werden und eine zentrale und europaweit einheitliche Regelung für die Zukunft bezüglich der Verantwortlichkeit im Netz geschaffen werden. Dabei sollte – auch vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des EuGH - an den Grundprinzipien des Haftungsrechts festgehalten und diese weiterentwickelt werden. Bezüglich der Hostprovider muss gelten: je neutraler der Provider, desto größer die Privilegierung, je aktiver dieser sich die Inhalte zu eigen macht, desto größer die Haftung. Auch an dem Prinzip das Kommunikation nicht grundsätzlich überwacht werden darf sollte festgehalten werden. Es dürfen nicht automatisierte Verfahren über die Meinungsfreiheit entscheiden. Die im Rahmen des DSA diskutierten Regelungsvorschläge orientieren sich in weiten Teilen an den deutschen Regelungen des NetzDG. Wir setzen uns für verbindliche und europaweit einheitliche Regelungen zur Verantwortung im ein.

DEBATTENBEITRAG

17.09.2021 | INTERVIEW

EMPFEHLUNGSSYSTEME FÜR VIELFALT VON THEMEN UND POSITIONEN GESTALTEN

Was dem politischen Diskurs im Netz hilft



Dr. Christoph Egle - Wissenschaftlicher Geschäftsführer, Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation [Quelle: bidt/Kilian Bleeß]

"Der beste Schutz vor der Verbreitung von Desinformationen ist sicherlich die Medienkompetenz der Bürger", sagt Dr. Christoph Egle vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation. Für Gegenmaßnahmen zur Verbreitung von Desinformation sieht er nicht nur die Politik, sondern auch die Plattformbetreiber in der Verantwortung.

Der digitale Raum gibt jedem Nutzer die Möglichkeit sich zu äußern – zugleich bietet er Raum für Falsch-Informationen und persönliche Angriffe. Wie sollte die

Politik die Debattenkultur im digitalen Raum ganz grundsätzlich stärken?

Zunächst einmal: durch ein gutes Vorbild! Wenn Politiker sich selbst unflätig beschimpfen oder mit Falschbehauptungen über ihre Wettbewerber in den Wahlkampf ziehen, können sie nicht erwarten, dass sich andere Menschen besser verhalten. Im internationalen Vergleich nehme ich die politische Debattenkultur in Deutschland aber nicht als besonders problematisch wahr.

In Bezug auf persönliche Angriffe bzw. „Hassreden“ hat die Politik in den letzten Jahren bereits einige Maßnahmen ergriffen, die intensiv und zum Teil hitzig diskutiert wurden, wie z. B. das NetzDG, das die Verbreitung strafrechtlich relevanter Inhalte verhindern soll. In Ergänzung dazu sehe ich aber auch die Betreiber reichweitenstarker Plattformen in der Verantwortung, von sich aus geeignete Maßnahmen zur Kuratierung und ggf. Löschung der dort verbreiteten Inhalte zu entwickeln und umzusetzen. Ich kann mir gut vorstellen, dass im Rahmen des aktuell verhandelten Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union hierfür bestimmte gesetzliche Mindestanforderungen und/oder obligatorische Transparenzregeln geschaffen werden. Schließlich kann die Politik zivilgesellschaftliche Initiativen und Kampagnen fördern, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Diskussionskultur in bestimmten sozialen Medien zu verbessern.

Der beste Schutz vor der Verbreitung von Desinformationen ist sicherlich die Medienkompetenz der Bürger. Wir glauben ja auch nicht jeden Unsinn, der in der analogen Welt verbreitet wird. Generell helfen Information und Aufklärung, die sowohl von staatlichen Stellen als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt werden können. Aktuelle Studien zeigen, dass bereits eine Warnung vor Desinformationen einen Beitrag leisten kann, diese einzuhegen. Die öffentliche Forschungsförderung wiederum kann Forschungsprojekte finanzieren, die uns helfen, die Verbreitung von Desinformation besser zu verstehen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Ähnlich wie bei der Hassrede sehe ich auch hier nicht nur die Politik, sondern auch die Plattformbetreiber selbst in der Verantwortung.

Experten beobachten die Tendenz, dass Nutzer sich im digitalen Raum gläsern oder sozial unter Druck fühlen und in der Folge selbst zensieren. Was bedeutet dieses "Social Cooling" aus Ihrer Sicht für die demokratische Debattenkultur?

Wenn dieser Effekt dazu führt, dass sich bestimmte Personen bzw. Personengruppen systematisch nicht mehr trauen, ihre Positionen und Interessen in den öffentlichen Diskurs einzubringen, ist das in der Tat ein Problem für die demokratische Willensbildung. Allerdings ist dieses Phänomen nicht unbedingt neu in der Gesellschaft, da es schon immer Menschen gab, die sich aufgrund sozialen Drucks oder weiteren Einflussfaktoren nicht oder nur eingeschränkt an öffentlichen Diskussionen beteiligt haben. Im digitalen Raum gibt es demgegenüber die Möglichkeit, sich anonym oder mit einem Pseudonym an politischen Debatten zu beteiligen, um sich selbst zu schützen. Leider kann diese Anonymität aber auch zur Verrohung der Debatten beitragen. Insgesamt haben sich die Chancen und Möglichkeiten zur politischen Partizipation durch das Internet meines Erachtens so stark verbessert, dass diese Vorteile die einzelnen Effekte eines „Social Cooling“ insgesamt überwiegen.

Wie lässt sich im Angesicht individueller Algorithmen-gesteuerter Anzeige von Inhalten auf großen Plattformen ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs aufrechterhalten?

Der Anspruch, einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf einer digitalen Plattform abzubilden, ist sehr hoch. Das konnten und können auch klassische Medien (Zeitungen, Fernsehen) nicht leisten. Und genauso wie sich Mediennutzer in der analogen Welt einseitig oder umfassend informieren konnten, ist auch bei der Nutzung digitaler Plattformen die Medienkompetenz der Bürger von zentraler Bedeutung. Zwar sind die von den Plattformen eingesetzten Algorithmen in der Regel so gestaltet, dass die Besuchszeiten der Nutzer optimiert werden und diesen daher tendenziell Inhalte gezeigt werden, die eine gewisse Konformität mit zuvor angeklickten Inhalten aufweisen. Es liegt aber auch an den Nutzern selbst, ob sie sich auf diese selektive Auswahl einlassen oder nicht. Nutzer brauchen dafür Grundkenntnisse über die Funktionsweise digitaler Plattformen und die dahinterstehenden Geschäftsmodelle, um zu verstehen, wann und warum ihnen bestimmte Inhalte gezeigt werden. Die Vermitt-

lung dieser Medienkompetenz ist nicht nur eine Aufgabe für Schulen, sondern vor allem auch für Träger und Formate der Erwachsenenbildung.

Perspektivisch könnten diese Empfehlungssysteme durchaus so gestaltet werden, dass eine Vielfalt von Themen und Positionen angezeigt wird. Damit könnte es technisch unterstützt werden, dass Nutzer verschiedene Meinungen und Positionen zu Gesicht bekommen und nicht immer nur das Gleiche. Eine solche Funktionalität wird aktuell vor allem für nicht-kommerzielle Angebote wie z. B. des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert. Je nachdem, wie zuverlässig solche Systeme funktionieren, könnten auch private Plattformen, die eine nennenswerte Auswirkung auf den öffentlichen politischen Diskurs haben, dazu verpflichtet werden, einen gewissen Grad an Vielfalt und Pluralität der von ihnen empfohlenen Inhalte zu gewährleisten. Wie man Vielfalt und Meinungsmacht digitaler Medien systematisch messen und in Zukunft regulieren könnte, ist Gegenstand verschiedener Forschungsprojekte* an unserem Institut.

Grundsätzlich halte ich es für wünschenswert, dass soziale Medien ab einer gewissen Reichweite ihre Nutzer darüber informieren, welche Methoden und Verfahren sie zur Kuratierung von Inhalten einsetzen. Dies steht natürlich in einem Zielkonflikt mit legitimen Interessen der Plattformbetreiber, die Details ihrer algorithmischen Empfehlungssysteme als Geschäftsgeheimnisse zu wahren. Ich denke aber schon, dass hier ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden kann, z. B. im Rahmen der bereits genannten DSA-Umsetzung. Denkbar wären für mich auch Audits oder andere Instrumente der Qualitätszertifizierung, die auch auf freiwilliger Basis bzw. im Sinne einer Selbstregulation der Branche eingesetzt werden können.

Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben die großen Plattformen seit einiger Zeit die Aufgabe, möglicherweise strafbare Inhalte selbst zu löschen. Wie fällt Ihr Fazit mit der Umsetzung der Vorschriften aus?

Das NetzDG sah sich ja von Anfang an umfassender Kritik ausgesetzt. Es wurde vor allem befürchtet, dass auch Beiträge gelöscht werden, die sich nach genauerer Prü-

fung als rechtmäßig erweisen würden. Dieses Overblocking wäre eine Gefahr für die Meinungsfreiheit. Tatsächlich kann man vermuten, dass die Betreiber großer Plattformen die Kosten für einen (intensiven) Prüfungsaufwand geringhalten möchten und sich daher im Zweifel eher für die Löschung als für die Beibehaltung eines kritischen Beitrags entscheiden, um sich nicht einem Bußgeld auszusetzen. Andererseits haben sie aber auch ein wirtschaftliches Interesse daran, möglichst viele Nutzer und Traffic auf ihrer Plattform zu halten. Wenn eine Plattform aber im Ruf steht, zu viel zu löschen, ist das auch nicht gut für ihr Geschäft. Diese divergierenden Interessen und Anreize könnten dazu führen, dass die Gefahr des Overblocking begrenzt bleibt. Die durch das NetzDG vorgeschriebenen Transparenzberichte geben zwar Auskunft über die Anzahl der Beschwerden und die vorgenommenen Sperrungen, enthalten aber keine Auflistung der gelöschten Inhalte. Die Frage nach dem Umfang eines möglichen Overblocking kann auf dieser Grundlage also kaum evidenzbasiert beantwortet werden.

Ein Mangel des NetzDG war sicherlich, dass es zunächst keine verfahrensrechtlichen Gegenrechte für diejenigen Nutzer vorsah, deren Beiträge gelöscht wurden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das inzwischen etablierte Gegenvorstellungsverfahren hier eine Verbesserung bedeutet.

Davon unabhängig vermute ich, dass die tatsächliche Relevanz des NetzDG für die Debattenkultur in sozialen Netzwerken geringer ist als vielfach angenommen. Tatsächlich löschen viele Plattformen zweifelhafte Beiträge sehr viel häufiger auf Grundlage ihrer eigenen Gemeinschaftsstandards als aufgrund der Vorgaben des NetzDG.

* <https://www.bidt.digital/projekte/>

IMPRESSUM

Herausgeber

Barthel Marquardt GbR
Merseburger Straße 200
04178 Leipzig
Tel: 0341 24 66 43 72
E-Mail: marquardt@meinungsbarometer.info
www.meinungsbarometer.info

V.i.S.d.P.

Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung

Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktion

Barthel Marquardt GbR

Diese Dokumentation darf nicht - auch nicht in Auszügen - ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Die Dokumentation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieser Dokumentation herrühren.